



Antrag auf Befreiung vom Kostenbeitrag zum Integrationskurs gemäß § 9 Abs. 2 Integrationskursverordnung (IntV)

Erstverfahren Wiederholerverfahren

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Geschlecht: männlich weiblich divers

Straße/Hausnummer:

Postleitzahl/Ort:

Ggf. wohnhaft bei (c/o):

Telefonnummer:

BAMF-Kennziffer (siehe Bestätigung über die Teilnahmeberechtigung)

Falls sich Ihre Anschrift ändert, teilen Sie dies dem Bundesamt bitte unverzüglich mit.

Ich beantrage gemäß § 9 Abs. 2 IntV die Befreiung vom Kostenbeitrag zum Integrationskurs.

Hinweis: Der Kostenbeitrag beträgt 2,29 Euro pro Unterrichtsstunde für Teilnehmende die sich ab dem 01.08.2022 zu einem Integrationskurs angemeldet haben.

Begründung:

Ich beziehe

Leistungen nach SGB II (Bürgergeld) oder SGB III (Arbeitslosengeld)

oder

Leistungen nach SGB XII (Leistungen zum Lebensunterhalt)

oder

ich bin beschäftigt und mein Bruttomonatsentgelt übersteigt nicht:

- 2.491,50 Euro bei Personen ohne Kinder
- 3.246,50 Euro bei einem Kind
- 4.001,50 Euro bei 2 oder mehr Kindern.

Die höheren Beträge gelten nur für Personen, die ein oder mehrere nach § 32 EstG berücksichtigungsfähige Kinder haben. Bitte geben Sie hierzu unter Vorlage entsprechender Nachweise, aus welchen sich etwaige Kinderfreibeträge ergeben (z.B. Gehaltsabrechnung, letzte Lohnsteuerbescheinigung oder Selbstauskunft über ELStAM) die Anzahl der ggf. berücksichtigungsfähigen Kinder an:

oder

ich bin aus sonstigen Gründen finanziell bedürftig.

Dem Antrag ist ein aktueller Nachweis über den Leistungsbezug nach SGB II (Bürgergeld) oder nach SGB XII (Leistungen zum Lebensunterhalt) oder nach SGB III (Arbeitslosengeld) oder eine aktuelle Gehaltsabrechnung/gültiger Arbeitsvertrag, der ein Bruttomonatsentgelt ausweist oder ein Nachweis bzw. eine Entscheidung einer anderen Stelle zur finanziellen Bedürftigkeit (Härtefall), z.B. Wohngeld, Befreiung von den Rundfunkgebühren etc. beizufügen.

Hinweis: Die Erhebung dieser Daten erfolgt gemäß §§ 86 Satz 1, 88a AufenthG

Ich versichere, dass ich alle Angaben vollständig und richtig gemacht habe.

Ich bin verpflichtet, dem Bundesamt unverzüglich mitzuteilen, wenn mir die oben aufgeführten Leistungen nicht mehr gewährt werden. Ich bin mir bewusst, dass falsche Angaben zur Ablehnung des Antrages oder – bei späterer Feststellung – zum Widerruf der Bewilligung führen können.

Ort, Datum

Unterschrift